

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Zugabeblatt Rieser,
Farnsch Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzolamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1590.
Verleger:
Rieser Nr. 52.

Nr. 223.

Donnerstag, 24. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterstellungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hofmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Genfer Debatte über die Wirtschaftskrise.

Der französische Finanzminister Flandin zum internationalen Finanzproblem. England fordert Revision der Reparationen.

* Genf. Der französische Finanzminister Flandin nahm am Mittwoch im Wirtschaftsausschuh der Völkerverbundversammlung in einer größeren Rede zum internationalen Finanzproblem Stellung. Er führte u. a. aus, die internationale Krise sei in ihrer gegenwärtigen Schärfe und Ausdehnung in der vorjährigen Völkerverbundversammlung noch nicht vorher zu sehen gewesen. Seit dem Zusammentritt der diesjährigen Völkerverbundversammlung sei eines der mächtigsten und reichsten Länder der Welt von der Krise erfasst worden. Er habe jedoch volles Vertrauen, daß dieses Land die Krise überwinden werde. Wichtig sei es, jetzt klar zu sehen. Das gesamte Wirtschaftssystem der Nachkriegszeit sei auf Klüge und Demagogie aufgebaut. Die Inflation der Haushalte und der einzelnen Individuen seien ins Unermeßliche gewachsen und auch die Erzeugung sei bis ins Unermeßliche gesteigert worden. Die Staatshaushalte einzelner Länder seien verdreifacht und vervierfacht worden. Als kein Geld mehr vorhanden gewesen sei, habe man Hypotheken für die Zukunft aufgenommen. Kredite seien in einem Ausmaß aufgenommen worden, die in keiner Weise mit den tatsächlichen Interessen und Bedürfnissen in Einklang standen. Niemand sei so viel von der Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Regierungen und Völkern geredet worden, niemals seien jedoch auch in einer Krise so egoistisch die Völkern unabhängig von dem Wohlergehen der anderen gesucht worden. „Wenn von Sicherheit geredet wurde, so dachte jeder nur an sich, wenn von Abrüstung geredet wurde, so dachte jeder nur an die anderen.“ Es habe die Auffassung bestanden, daß ein Verschwinden der interalliierten Schulden und der Reparationen eine wesentliche Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde. Er glaube nicht daran; der Bericht der Völkerverbundversammlung zeige vielmehr, daß die Krise in Deutschland ihre Ursache nicht in den Reparationszahlungen, sondern in der plötzlichen Zurückziehung der kurzfristigen Kredite habe. Es sei behauptet worden, daß die plötzliche Zurückziehung der kurzfristigen Kredite ungerechtfertigt gewesen sei, da die Anleihegeber mit der Anlage dieser Kredite auf lange Sicht hätten rechnen müssen. Diese Auffassung sei vollständig falsch. Man könne umschalten den Banken, die kurzfristige Kredite gegeben hätten, Vorwürfe wegen der Zurückziehung der Kredite machen, wenn sie diese Kredite selbst benötigten. Es sei durchaus irrtümlich anzunehmen, daß die Aufhebung der Reparationszahlungen zu einer Gesamtlösung führen würde. Es sei höchst fraglich, ob durch eine disziplinierte Finanzgebarung eine Rückkehr der zurückgezogenen Kapitalien erfolgen werde. Nach seiner Auffassung werde jedoch die Rückkehr der Kapitalien erst stattfinden, wenn eine allgemeine Befriedung auf allen Gebieten eingetreten sei.

Flandin befahte sich sodann eingehend mit dem internationalen Goldproblem. Er verteidigte hierbei energisch die französische Regierung gegen die vielfach erhobenen Vorwürfe, unerschützt Goldvorräte angehäuft zu haben. Es treffe durchaus zu, daß gegenwärtig die Vereinigten Staaten über 40 v. H. und Frankreich über 20 v. H. des Goldvorrates der ganzen Welt verfügten. Wollte man zurechtfinden, daß es, als ob Frankreich bewußt die Goldanhäufung in Frankreich auf den deutschen Reparationszahlungen beruhe. Die harte Anhäufung von Goldvorräten sei nur der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens, das Frankreich entgegengebracht wurde. Tatsächlich seien die Goldvorräte Frankreichs während der ganzen Dauer des Youngplans weit stärker gekümmert als während der Geltung des Dawes-Plans. Deutschland habe tatsächlich während der Geltung des Youngplans seine Reparationszahlungen an Frankreich teilweise durch Sachlieferungen gedeckt. Die Handelsbilanz Deutschlands gegenüber Frankreich habe sich während der letzten Zeit so günstig für Deutschland entwickelt, daß Deutschland durch den Ueberschuß seiner Ausfuhr nach Frankreich, seine Reparationszahlungen an Frankreich habe decken können. Es bestehe jetzt die Frage, wie man überhaupt zu einer neuen Verteilung der Goldvorräte gelangen könne. Es wäre doch unmöglich, auf der Grundlage des Goldes zu einem verstärkten Notenumlauf zu schreiten, da dies nur zu einer Vertiefung des Lebensstandards führen würde. Die Bank von Frankreich und die Federal-Reserve-Bank hätten in der letzten Zeit der Reichsbank und der Bank von England alle nur nötige Hilfe geleistet. Solche Kreditoperationen seien jedoch unmöglich vorauszu sehen, insbesondere nicht in Zeiten, in denen eine allgemeine Vertrauenskrise herrsche. Die gegenwärtige Krise könne daher nur durch die Schaffung des allgemeinen Vertrauens überwunden werden. Frankreich werde auch weiterhin helfen und seine Pflicht tun. Die Schuldnerländer könnten unmöglich die Gläubigerländer zu größeren Krediten veranlassen, wenn bei diesen selbst die notwendige Atmosphäre des Vertrauens fehle. Unmöglich sei es, daß die Staatsangehörigen des einen Landes den Staatsangehörigen des anderen Landes größere Kredite einräumten, wenn im Innern des kreditfuchenden Landes die notwendigen Voraussetzungen

für die Aufnahme einer Anleihe fehlten. Ebenso sei es unmöglich, auf der einen Seite Kredite zu verlangen, auf der anderen Seite jedoch die Ausfuhr aus den Ländern zu beschränken, von denen man Kredite fordere.

England gegen Flandin.

* Genf. Im schroffen Gegensatz zum französischen Finanzminister stellte der Vertreter der englischen Regierung, Sir Arthur Salter, im Wirtschaftsausschuh des Völkerverbundes in einer großangelegten Rede das Reparationsproblem in den Mittelpunkt der gesamten internationalen Finanzkrise und betonte, daß die heutige Krise im wesentlichen auf dem fehlenden Gleichgewicht der Zahlungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern beruhe. Die Schuldnerländer seien durch die politischen Schuldenabkommen gezwungen, ihre Ausfuhr mit allen Mitteln zu erhöhen. Salter berichtete weiter über die gegenwärtige Finanzlage Englands und betonte, daß England nach wie vor in dem bisherigen Rast der bisherigen Geschichte ein Hauptkreditgeber bleiben werde, da die Einkünfte Englands weit größer seien als seine Verpflichtungen. Die heutige Krise beruhe zum größten Teil darauf, daß die Reparationszahlungen ohne produktive Gegenleistungen erfolglos. Der Preissturz habe die Reparationszahlungen noch weiter erhöht. Bei der Regelung der Reparationen hätte der Grundcharakter des Preisniveaus mit berücksichtigt werden müssen. Die Politik der kurzfristigen Anleihen sei außerordentlich gefährlich, da diese Kredite stets dann zurückgezogen würden, wenn man sie am meisten benötige. Das Gold habe, statt in normaler Weise regulierend zu wirken, in der letzten Zeit durch die außerordentliche Anhäufung an einzelnen Stellen gegenläufige Wirkungen ausgeübt. Salter forderte sodann mit großem Nachdruck vorläufige Hilfsmassnahmen zur Überwindung der Krise durch Verabfolgung der Reparationen und der internationalen Zahlungen und durch sofortige Prüfung der Lage, die nach Ablauf des Hoover-Moratoriums eintreten würde. Salter verlangte ferner, daß neue Bedingungen für eine neue Anleihepolitik geschaffen würden und stellte sich rückhaltlos auf den Boden des Völkerverbundes. Neue finanzielle Direktiven für die nach dem Ablauf des Moratoriums eintretende Lage, neue politische Direktiven für die Zusammenarbeit der Großmächte auf der Grundlage des Völkerverbundes und des Kellogg-Paktes seien notwendig. Der Völkerverbund müsse in die Aktion zur Überwindung der Finanzkrise mit eingeschaltet werden.

Sir Arthur Salter wies weiter daraufhin, daß gegenwärtig das System der Goldwährung nicht mehr funktioniere. Lediglich ein Fünftel der Goldvorräte der ganzen Welt seien im Besitz der Schuldnerländer, während vier Fünftel sich in den Händen der Gläubigerländer befänden. Sir Arthur Salter hob dann folgende sechs bemerkenswerte Punkte zur Überwindung der Finanzkrise hervor:

1. Die Aufrechterhaltung der bisherigen Schuldverteilung müsse zu einem Sinken der Lebenshaltung und damit zu einer weiteren Senkung der Preise führen. Selbst eine sofortige Senkung der Zollstrafen würde sich nicht in einer sofortigen Überwindung der Krise auswirken können.
 2. Die Notenausgabe der Staaten bis zu der gesetzlich zulässigen Grenze zu steigern. Eine derartige Maßnahme könne eine Wendung der gegenwärtigen Krise herbeiführen.
 3. Die politische Verschuldung umfasse gegenwärtig ein Fünftel der gesamten internationalen Verschuldung. Kesse jedoch einen wesentlichen Faktor des gesamten Zahlungsgleichgewichtes dar. Eine Verlängerung des bisherigen Moratoriums sei daher zu erwägen.
 4. Die Krise der kurzfristigen Kredite sei zeitweilig durch die Stillhalteabkommen für Deutschland zum Stillstand gekommen. Diese Maßnahmen müßten jedoch weiter ausgedehnt und verlängert werden.
 5. Die Vergabe neuer langfristiger Kredite sei unbedingt erforderlich. Die Voraussetzung hierfür sei jedoch eine Stärkung des internationalen Vertrauens. Ein Ausbau der großen politischen Pakte durch Angleichung des Völkerverbundespaktes an den Kellogg-Pakt würde wesentlich zu einer Stärkung des Vertrauens beitragen.
 6. Die private Kreditgewährung könne durch Garantien der Regierungen die bisher fehlende Sicherheit erhalten und würde damit wieder neu belebt werden.
- Sir Arthur Salter schlug sodann vor, daß die Völkerverbundversammlung in einer großen Entscheidung auf die Notwendigkeit einer neuen politischen und finanziellen

Orientierung hinweisen und die Führung hierin übernehmen müsse. Der Rat müsse ferner in die Lage versetzt werden, bei finanziellen Hilfesuchen der Staaten unverzüglich einzuschreiten. Sir Arthur Salter schloß mit dem Hinweis, daß die gegenwärtige internationale Krise nicht eine Krise der Armut, sondern eine Krise des Ueberflusses sei und daher mit natürlichen Mitteln überwunden werden könne.

Der französische Finanzminister Flandin ergriff sodann zum zweiten Male das Wort zu einer Erwiderung, in der er sich in den Hauptpunkten in scharfem Gegensatz zu dem Sir Arthur Salter vertretenen Auffassung stellte. Er erklärte, es sei unbedingt notwendig, die psychologischen Momente für die Wiederherstellung des Vertrauens und die Wiederherstellung des Zahlungsgleichgewichtes weit stärker als bisher zu betonen. Er glaube nicht, daß die von Salter geforderte Angleichung des Völkerverbundespaktes, an dem Kellogg-Pakt wesentlich zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen werde. Ferner wandte er sich energisch gegen die von Salter empfohlene Erhöhung der notwendigen Ausgaben der Staaten bis zur gesetzlich zulässigen Grenze und bezeichnete derartige inflationistische Tendenzen als äußerst gefährlich und schädlich.

Die Aussprache wurde hierauf geschlossen.

Berliner Blätter zur Flandin-Rede.

* Berlin. Die Berliner Blätter bringen allgemein ihre Enttäuschung über die Rede des französischen Finanzministers Flandin im Wirtschaftsausschuh des Völkerverbundes zum Ausdruck.

Die „Germania“ stellt die Frage, ob Flandin vergessen habe, daß Länder wie Deutschland weitgehend gezwungen gewesen seien, vermittelst vereinfachter Produktionsbedingungen den Export zu forcieren und durch das Hineinpumpen ausländischer Anleihen den Wirtschaftskörper einigermaßen lebensfähig zu erhalten. Man hätte erwarten dürfen, daß der loeben aus Paris nach Genf zurückgekehrte französische Finanzminister aus seiner intimen Kenntnis der englischen Finanzvorgänge andere Konsequenzen gezogen hätte als diejenigen, die er dem Wirtschaftsausschuh des Völkerverbundes unterbreitete. Man habe geglaubt, daß er am Vorabend der Berliner Reise positive Ankündigungen über die Bereitschaft Frankreichs zur Mitarbeit zu machen hätte. — Der „Berliner Börsen-Kurier“ sagt, wenn der französische Finanzminister es noch immer verneine, daß die Befestigung der Kriegsschulden eine Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde, so beweise er damit nur, daß ihm das Urteil der gesamten nichtfranzösischen Welt gleichgültig und er selbst nicht geneigt sei, aus den nur zu deutlich sprechenden Tatsachen auch nur das geringste zu lernen. — Die „Börsenzeitung“ hebt hervor, wenn der französische Minister sage, der Bericht der Sachverständigen zeige, daß die Krise in Deutschland ihre Ursache nicht in den Reparationszahlungen, sondern in der Zurückziehung der kurzfristigen Kredite habe, so zeige das, daß er die Lage Deutschlands nicht verhehle wolle. — Die „D.M.Z.“ hebt als das Wesentliche der Rede Flandins hervor, daß entwerfend der bekannten französischen Politik jede Hilfe in der Finanzkrise abhängig gemacht werde „von der Sicherung des Friedens“, das heißt dem politischen Moratorium, dem finanzielle Kontrollforderungen andeutungsweise hinzugefügt worden seien. — Der „Volkswirtschaftler“ schreibt, wenn Flandin so viel von der Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens spreche, so dürfe er nicht vergessen, daß dies nur dann eintreten könne, wenn man einem Lande nicht Tribute anmüte, die es einfach nicht tragen könne und die immer wieder den ganzen Geld- und Kapitalmarkt föhren oder gefährden müßten. — Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt zu dem Schluß, daß nicht deutlicher habe gesagt werden können, daß von dem Berliner Besuch der französischen Minister außer einigen beglückwünschenden Phrasen nichts zu erwarten sei.

Die englische Presse zur Eröffnung der Londoner Börse.

London. Die Morgenpresse befeindet ihre Bekämpfung über den erfolgreichen Ausgang des Bagniffes, den Verkehr an der Fondsbörse recken ohne jede Einschränkung wieder aufzunehmen. „Financial News“ erklärt zusammenfassend: Eritens hat der kleine Kapitalanleger keineswegs Unruhe gezeigt, sondern im Gegenteil volles Vertrauen zum Kredit des Landes bezeugt, zweitens war die Verkaufslust, die von seiten auswärtiger Banken erwartet wurde, nicht dringend genug, um diese zu veranlassen, den mit einer solchen Operation verbundenen Verlust hinzunehmen. Der Gang der gestrigen Geschäfte hat den Markt überrascht.